

Niederschrift

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Mobilität am 13.03.2024
(11. Wahlperiode)

T a g e s o r d n u n g

Seite

Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bericht der Rheinbahn zur Einführung des Rheintakts	4
3 Bericht über den aktuellen Stand der Planung der U81	5
4 Mündlicher Sachstandsbericht zu Tempo 40	5
5 Fortsetzung des E- Lastenrad-Sharings in Meerbusch Vorlage: DezIII/1840/2024	6
6 Anträge	7
7 Anfragen	7
7.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.März 2024 zum Erlass Schulstraßensperrung	7
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	7
9 Termin der nächsten Sitzung:14. Mai 2024	7
10 Verschiedenes	7

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch-Lank, Raum S1/S2

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Anwesend:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Harms	Ratsmitglied	
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied	
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied	
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied	
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied	
Herr Manfred Weigand	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Frau Norma Köser

von der SPD-Fraktion

Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen	Sachkundiger Bürger
Frau Astrid Hansen	Sachkundige Bürgerin
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
-------------------	--------------

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Hartwig Spetsmann	Sachkundiger Bürger
------------------------	---------------------

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Rudolf Huthmann	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Andreas Wagner
----------------------	---------------------	-------------------------------------

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel	Erster und Technischer Beigeordneter
Frau Dana Frey	Dezernat III
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5
Frau Denise Pottbäcker	Dezernat III/Umwelt

Gäste

Herr Tim Bäumken	Rheinbahn
Michael Busche	Stadt Düsseldorf
Frau Valentina Eirich	Stadt Düsseldorf
Frau Monika Link-Giesen	Rheinbahn
Lars-Christian Weiser	Stadt Düsseldorf

Schriftführerin
Frau Christina Ruban

Fachbereich 5

es fehlen:

von der CDU-Fraktion
Frau Norma Köser

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion
Herr Andreas Wagner

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.
Er bittet die Ausschussmitglieder um Einverständnis zur Erweiterung der Tagesordnung um folgenden Tagesordnungspunkt:

7.1.: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.März 2024 zum Erlass Schulstraßensper-
rung

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

2 Bericht der Rheinbahn zur Einführung des Rheintakts

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Frau Link-Giesen und Herrn Bäumken von der Rheinbahn.

Herr Bäumken berichtet, dass sich die Rheinbahn derzeit nach der Einführung des Rheintakts am 07.01.24 in einer Phase befinde, bei der die Erkenntnisse des Fahrplanwechsel analysiert und ausgewertet werden. Dies erfolge nicht nur für Meerbusch, sondern für das gesamte Netz. Die Umsetzung des Rheintakts stand immer unter der Prämisse mit den vorhandenen Mitteln ein optimales Ergebnis und einen optimalen Service zu bieten.

Die Rheinbahn stehe derzeit an einem kritischen Punkt was das Material und das Personal betreffe. Ein hoher Krankenstand im zweistelligen Bereich sowie Personalbemühungen führe zu großen Herausforderungen.

Durch den Beschluss des Ausschusses habe die Rheinbahn ihre Leistungen umformiert. Die Linie U74 wurde mit der Linie U76 zusammengelegt. Die U70 fährt jetzt als U70 in beide Richtungen. Dies führe an einzelnen Haltestellen zu mehr Angeboten; an anderen wiederum zu weniger Angeboten. Die entsprechenden Anschlüsse an den Haltestellen sowie das Busnetz wurden dem Rheintakt angepasst.

Herr Bäumken teilt mit, dass die Werte der Pünktlichkeit und der Verfügbarkeit gut seien, was entsprechende Analysetools bestätigen.

Seit der Einführung des Rheintakts erfolge ein Scanning aller Rückmeldung aus Social Media, den Zeitungen und Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger von der Stadt. Diese werden analysiert und überprüft. Ebenso erfolge ein interner Austausch mit den Rheinbahnfahrern/innen bezüglich Wendezeiten, Unpünktlichkeit und Anschlüsse.

Im Weiteren beantwortet Hr. Bäumen die ihm eingereichten und von den Ausschussmitgliedern gestellten Fragen zu den Themen Pünktlichkeit, Beschwerdemanagement, Anzeigetafel, Sauberkeit der Haltestellen, SB52, U70 und das Verbot von Mitführen von E-Scootern sowie die Verlängerung der Fahrzeiten der U76 an Sam- und Sonntagen.

3 Bericht über den aktuellen Stand der Planung der U81

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding begrüßt Frau Eirich und die Herrn Busche und Weiser von der Stadt Düsseldorf.

Anhand von Folien, die dem Protokoll beigelegt sind, stellt Frau Eirich den aktuellen Stand der Planung zur U81 vor.

Im Anschluss daran geht Frau Eirich auf Fragen der Ausschussmitglieder ein.

Sie führt, dass die U81 gefördert werden müsse. Die Förderung sei vom Bund und Land als Zuwendungsgeber abhängig, da nicht alles als Eigenanteil der Städte Düsseldorf und Meerbusch finanziert werden könne. Damit eine Stadtbahn förderfähig sei, müsse diese überwiegend auf einen eigenen Bahnkörper geführt werden. Dies bedeute, dass die U81 nicht mit dem PKW zusammengeführt, sondern auf eigenen Bahnkörper fahren werde. Dies werde auch entlang des Böhlerwerkes so sein. Die Bebauungspläne werden berücksichtigt, sodass genügend Platz vorhanden sei, um neben der Mauer am Böhlerwerk auch noch die Stadtbahn durchzuführen.

Von der Telekom werde noch Grunderwerb getätigt und im Bereich der Parkplätze und Vorgärten/Grünstreifen solle die Stadtbahn entlanggeführt werden.

Die Stadt Düsseldorf stehe im regelmäßigen Austausch mit der Stadt Meerbusch.

Durch den Bedarfsbeschluss werde entschieden ob die Tunnel- oder Brückenlösung umgesetzt werde. Die Tunnellösung sei allerdings nicht im Sinne der Verkehrswende.

4 Mündlicher Sachstandsbericht zu Tempo 40

Herr Hartenstein führt auf, dass die Anordnung von Tempo 40 nur dann erfolgen könne, wenn zwingende Gründe vorliegen. Zwingende Gründe seien immer mit einer Gefahrenlage verbunden. Die Gefahrenlage müsse qualifiziert sein. Qualifiziert bedeute, dass eine Gefahrenlage benennbar bzw. beschreibbar sein müsse. Dies könne beispielsweise die Streckenführung, der Ausbauzustand, Witterungsbedingungen oder bauliche Kanten sein.

Eine Anordnung von Tempo 40 würde zudem nicht zwangsläufig dazu führen, dass die Fahrzeugmissionen geringer werden. Diese haben hauptsächlich etwas mit dem Verkehrsfluss zu tun.

Tempo 40 wäre zudem eine Wahl, wenn bei einer konkreten Gefahrenlage die Unfallkommission Unfallpunkte wahrnehme und diese sich auf erhöhte Geschwindigkeit zurückführen lassen.

Bei einem Termin mit den Verkehrsbehörden des Rhein-Kreis Neuss wurde mitgeteilt, dass es für Stellen, an denen Tempo 40 angeordnet wurde, keine rechtliche Grundlage gebe. Zudem sei fraglich, ob eine Klage gegen die Anordnung von Tempo 40 standhalten würde.

In Meerbusch werde aus diesen Gründen weiterhin die Verkehrspolitik verfolgt, auf allen Straßen, wo es möglich sei, Tempo 30 einzuführen.

Es sei beabsichtigt auf den Steinen, Brühler Weg, Poststraße, Hülsweg, Am Eisenbrand, Budericher Allee Tempo 30 einzuführen. Dies werde derzeit geprüft.

Eine ausführliche Darstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Anordnung von Tempo 40 ist dem Protokoll beigelegt.

Ratsherr Quaß weist darauf hin, dass es sich in Düsseldorf und anderen Kommunen um ein stadtübergreifendes Modellprojekt handle, sodass dort Tempo 40 auch angeordnet werden könne, ohne, dass eine konkrete Gefahrenlage vorliege.

Herr Hartenstein erläutert, dass Verkehrsversuche beim Verkehrsministerium anzumelden seien und immer ein Verkehrsversuch für NRW zugelassen werde und nicht für jede Stadt. In Meerbusch gebe es zudem keine konkrete Gefahrenlage, um Tempo 40 anordnen zu können.

5 Fortsetzung des E- Lastenrad-Sharings in Meerbusch Vorlage: DezIII/1840/2024

Beschluss:

Der Ausschuss für Mobilität empfiehlt dem Rat, keinen zweiten Standort für die E-Lasten Sharing auf der Römerstraße einzurichten.

Abstimmungsergebnis des Alternativvorschlags:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
SPD		2	
FDP	2		
Bündnis 90/DIE GRÜNEN		3	
GRÜN-alternativ		1	
UWG/Freie Wähler			1
DIE FRAKTION		1	
Gesamt:	9	7	1

Ratsherr Schoenauer merkt an, dass dem Standort an der Römerstraße das gleiche Schicksal ereignen werde wie dem Standort an der Eichendorffstraße. Aus diesem Grund werde die CDU-Fraktion dem Alternativvorschlag zustimmen. Er fragt nach, was mit dem Standort an der Eichendorff-Schule passieren solle.

Ratsfrau Niegeloh führt auf, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie fragt nach, ob bei einer Zustimmung des Alternativvorschlags die Stadt die Fördermittel noch erhalte.

Ratsherr Quaß fragt nach, ob die bereits vereinnahmten Fördermittel bei einer Ablehnung des Beschlussvorschlags zurückgezahlt werden müssen.

Frau Frey berichtet, dass der Förderantrag für vier E-Lastenfahräder an zwei Standorten gestellt worden sei. Eine Abrechnung sei noch nicht erfolgt, da der Beschluss des Ausschusses abgewartet werden solle. Sollte kein zweiter Standort gewollt sein, erhalte die Stadt nur die Hälfte der Förderung für den Standort der Eichendorffstraße.

Die Errichtung des Standortes Eichendorffstraße (Pflasterungsarbeiten, Herstellung der Stromanschlüsse) habe die GWG finanziert. Wenn der Standort verlegt werden sollte, müssten Gespräche mit GWG geführt und ggf. die entstandenen Herstellungskosten an GWG erstattet werden.

Als dann lässt Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding über den Alternativvorschlag abstimmen.

6 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7 Anfragen

7.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.März 2024 zum Erlass Schulstraßensperrung

Erster und Technischer Beigeordneter Apsel berichtet, dass mit dem Erlass die örtlichen Verkehrsbehörden ermächtigt werden, Straßen vor Schulen in eigenem Ermessen sperren zu dürfen. Dieser Erlass stelle jedoch kein Allheilmittel dar. Es müsse sehr genau überprüft werden wie und an welchen Schulen der Erlass umgesetzt werden könne. Eine Umsetzung führe zu einem Effekt auf den Raum, der sich daran anschließt.

Zudem stelle die Überwachung eine große Herausforderung dar. Mechanische Lösungen wie Poller und Schranken sind problematisch und sehr kostenintensiv. Sie bedürften einer engen Abstimmung mit der Feuerwehr, der Polizei und der Ordnungsbehörde. Hier sind auch Vor- und Nachteile genau zu evaluieren. Ebenso sei beispielsweise auch der Aspekt der Rettungswege zu berücksichtigen. Im Gesamten müsse dieses Hilfsmittel sehr genau eingesetzt werden, damit eine höhere Verkehrssicherheit gewährleistet würde.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

9 Termin der nächsten Sitzung: 14. Mai 2024

10 Verschiedenes

Ratsfrau Kohn bezieht sich auf den mündlichen Sachstandsbericht zu Maßnahmen aus dem Radwegekonzept und dem Mobilitätskonzept der letzten Ausschusssitzung und fragt nach, ob auch der Abbau von Angsträumen und Gefahrenstellen auf der Prioritätenliste stehe und wann eine Umsetzung der Optimierung der Kreisverkehre vorgesehen sei.

Herr Hartenstein weist darauf hin, dass sich der Abbau von Angsträumen auf die Straßenbeleuchtung beziehe. Dies gehöre zum Geschäft der laufenden Verwaltung, sodass hierzu keine konkreten Maßnahmen genannt werden können. Die Optimierung der Kreisverkehre werde nach und nach umgesetzt. Ein konkreter Zeitraum könne nicht benannt werden.

Ratsfrau Niegeloh weist darauf hin, dass der Radverkehr auf dem Laacher Weg in Richtung der Maria Montessori Gesamtschule in Büderich in Hinblick auf die Anbindung der Römerstraße und deren geplante Veränderung ebenfalls zu berücksichtigen sei. Die Verkehrssituation auf dem Laacher Weg sei unübersichtlich und führe bei dem Begegnungsverkehr zu Problemen.

Ratsfrau Neukirchen führt auf, dass sich bei Haus Meer eine Mobilitätsstation mit unverständlichen Symbolen und irritierenden Wegeführungen befinde. Zugleich werde auf ein Carsharing verwiesen, welches nicht existiere. Absender sei die Stadt Meerbusch und der VRR.

Frau Frey führt auf, dass es sich um eine Mobilitätsstation handle, welche durch Fördermittel finanziert, aufgestellt wurde. Ein Verweis auf Carsharing sei nicht vorgesehen. Die Mobilitätsstation werde überprüft und vor Ort angeschaut.

Ratsherr Jung bezieht sich auf die stattgefundenen Arbeiten der stm am Bahnhof Osterath und merkt an, dass bei zukünftigen Arbeiten eine alternative der Verkehrsführung geeigneter sei.

Herr Hartenstein führt auf, dass es sich um eine Baustelle der stm handle. Noch während den stattgefundenen Arbeiten habe die Stadt die Mängel gemeldet und um eine Nachbesserung gebeten.

Ausschussvorsitzender Dr. Nieberding bedankt sich bei den Anwesenden und beendet die Sitzung.

Meerbusch, den 26. März 2024

Dr. Felix Nieberding
Ausschussvorsitzender

Christina Ruban
Schriftführer/in